



# Anfrage

Vorlage: <b>AF/0056/2024</b>		Datum: 31.10.2024	
Verfasser:	04-Ratsfraktion AfD	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Abschiebung von Syrern mit subsidiärem Schutzstatus in Koblenz nach dem Urteil des OVG-Münster</b>			
Gremienweg:			
14.11.2024	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

## Anfrage:

Ende Juli wies das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster die Klage eines syrischen Staatsbürgers zurück, der gegen die Ablehnung eines subsidiären Schutztitels in Deutschland prozessierte. Derzeit genießt jeder vierte der rund eine Million Syrer in Deutschland subsidiären Schutz.

Es handelt sich diesbezüglich um ein Grundsatzurteil, an dem sich andere Gerichte orientieren können. Erstmals urteilte ein deutsches Gericht, dass Zivilisten in Syrien keine Gefahr mehr droht. Der Weg für Abschiebungen nach Syrien ist damit juristisch geebnet. Unterstützung für eine Abschaffung des subsidiären Schutzes bekundete unter anderem bereits der Deutsche Landkreistag.

Vor diesem Hintergrund bittet die AfD-Ratsfraktion um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Wie viele syrische Staatsbürger sind derzeit in Koblenz wohnhaft?
2. Wie hoch ist die Anzahl der in Koblenz wohnhaften Syrer, die subsidiären Schutz genießen und auf Grundlage des OVG-Urteils in ihre Heimat zurückgeführt werden können?
3. Welche konkreten Maßnahmen wurden bzw. werden seitens der Stadt Koblenz vor dem Horizont des OVG-Urteils eingeleitet?

**Auswirkungen auf den Klimaschutz: -**

**Finanzielle Auswirkungen: -**